

Arbeiter-Zeitung

Parteiblatt der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale).

Bezugspreis: Einzelnummer 25 Pf. Durch Nachträger 1.40 RM. für die Woche, 6.10 RM. für den Monat.
Durch die Post: 6.10 RM. für den Monat.

Druckort: Breslau, Nr. 23888
„Sozialistischer Verlag, e. V. m. B. H.“, Breslau.

Bezugspreis: Die bestmögliche Wälzergasse oder deren Raum 0.90 RM., außerdem 0.90 RM. Steuern und Abzugsgeld. Familiennachrichten, Vereins- und Versammlungsnachrichten 0.40 RM. Restbetrag: Die Wälzergasse, bestmögliche oder deren Raum im Wert 1. RM.

Der Streikwille der Eisenbahner

Die mangelnde Energie der Gewerkschaftsführer der Regierung gegenüber hat bereits den lebhaften Unwillen der Eisenbahnarbeiter und Beamten hervorgerufen. So wird gemeldet, daß die vier Eisenbahnerorganisationen in Eisen beschlossen haben, im Falle der Annahme des Regierungsvorschlages eine Sonderaktion zu unternehmen. Die Betriebsräte und Vertrauensleute der Hauptwerkstätte Karlsruhe haben eine Resolution beschlossen, in der sie ebenfalls von ihrer Gewerkschaftszentrale und dem Sechzehnerausschuß etwas mehr Energie fordern, und mit einem Streik auch gegen den Willen der Zentrale drohen. Beschlüsse des gleichen Inhaltes wurden gefaßt von den Vertrauensmännern des Deutschen Eisenbahnerverbandes in Chemnitz, in einer Versammlung sämtlicher Eisenbahnerverbände in Breslau, den Bezirksräten Schlesiens. Die Eisenbahner in Berlin und in Frankfurt saßen schon vor einigen Tagen ähnliche Beschlüsse.

Die Urabstimmung der Eisenbahnbeamten.

Berlin, 11. Januar. Das Ergebnis der Urabstimmung der Eisenbahnbeamten liegt für die ehemals preussisch-hessischen, sächsischen, oldenburgischen und mecklenburgischen Bezirke vor. Danach nahmen von den insgesamt vorhandenen 319 732 Beamten nur 73,5 Prozent, nämlich 235 000, teil. Für den Streik stimmten nach einer Mitteilung der Reichsgewerkschaft der Eisenbahnbeamten 192 953, also 60,3 Prozent der Beamtenschaft.

Die Haltung der Christlichen.

Berlin, 12. Januar. Der geschäftsführende Vorstand der Gewerkschaften Deutscher Eisenbahner und Staatsbediensteten (Christliche) hat zu den vom Sechzehnerausschuß mit der Regierung getroffenen Abkommen betr. Erhöhung der Feuerungszuschläge Stellung genommen und seinen Unterhändlern bei diesen Beratungen einstimmig das Vertrauen ausgesprochen. Der Vorstand hat sich aber aus der Stimmung im Verband überzeugt, daß die Abmachungen besonders in den unteren Lohnklassen ganz unzureichende Einkommenserhöhungen bringen, deshalb wird, entsprechend einer vom erweiterten Gewerkschaftsvorstand erhaltenen Weisung, den übrigen Organisationen eine Ergänzungskaktion vorgeschlagen, die vom Sechzehnerausschuß der Reichsregierung gegenüber vertreten werden soll und durch welche der Not der Arbeiter abgeholfen werden kann. Außer dem Deutschen Eisenbahnerverband haben gestern auch die anderen Eisenbahnerorganisationen zu dem Ergebnis der Verhandlungen zwischen Regierung und Sechzehnerausschuß Stellung genommen. Wie der „Lokal-Anzeiger“ erfährt, sind zwar noch keine endgültigen Beschlüsse gefaßt worden; jedoch lassen die Beratungen bereits erkennen, daß die Zugeständnisse des Reichsfinanzministeriums als unzureichend abgelehnt werden würden.

Die beabsichtigte „Ergänzungskaktion“, zu der sich auch die Führer des Freien Deutschen Eisenbahnerverbandes schon flüchten wollen (siehe den Leitartikel), ist ein neuer Bettelgang in die Vorzimmer der Minister und eine Verschleppung und Gefahr für den Kampf um die ganzen Forderungen. Entweder Bewilligung der ganzen aufgestellten Forderungen oder der Streik bricht aus, so ultimatio muß jetzt der Regierung und dem Reichstag gegenübergetreten werden. Alles andere ist Betrug und Betrug der Eisenbahnarbeiter und der Beamten.

Die Erhöhung der Eisenbahntarife.

Hamburg, 11. Januar. Die „Neue Hamburger Zeitung“ erfährt aus parlamentarischer Quelle, daß die Tarifserhöhungsvorlage des Reichsverkehrsministeriums eine bis 100prozentige Erhöhung der Personentarife und eine bis 80prozentige Erhöhung der Gütertarife stufenweise vorsehe. Die Vorlage werde noch in diesem Monat dem Reichstag gehen. Wenn die Gütertarife nur um 80 Prozent erhöht werden sollen, so ist das eine neue Liebesgabe an die Kapiteulisten auf Kosten der Allgemeinheit. Ist doch das ganze Defizit der Eisenbahn und Post eine Liebesgabe an das Großkapital, das durch niedrige Frachttarife „geschont“ wird.

Oberschlesien.

Angeichts der bevorstehenden Abstimmung in Oberschlesien ist die Regierung und das Bürgertum dabei, den nationalen Mob zur Raserei zu bringen. In die Regierungen der Entente wurde von der deutschen Regierung eine Protestnote wegen der zahlreichen Einbrüche, Bandenüberfälle und anderer Erscheinungen des nationalen Ringkampfes in Oberschlesien abgesandt. Gleichzeitig beschloß der Reichstagsausschuß für Auswärtiges die Frage Oberschlesien demnächst im Plenum des Reichstags zu behandeln. Die bürgerliche Presse wimmelt seit einigen Tagen von Meldungen über Konzentration polnischer Truppen an der deutsch-polnischen Grenze. Das sei eine Bedrohung Deutschlands.

In Wirklichkeit ist das alles deutschnationale Stimmungsmache. Sie wird mit denselben Mitteln betrieben, mit denen die polnische Regierung und Bourgeoisie die polnisch-nationale Hege betreibt.

Für die Arbeiterschaft ist die Frage ob und wie Oberschlesien und Polen und Deutschland von kapitalistischer Unterdrückung, Elend und Not des Proletariats, befreit werden wollen, von viel größerer Bedeutung, als der Ringkampf der polnischen und deutschen Agrarier und Kapitalisten um Oberschlesien. Die polnische wie die deutsche Arbeiterschaft in Oberschlesien darf sich in diesen nationalen Kampf nicht einlassen, wenn sie sich nicht selbst betrügen will, indem sie Opfer für fremde Interessen bringt.

Die schlesische Arbeiterschaft muß bedenken, daß die deutschen, polnischen und schlesischen Kapitalisten und Agrarier eine gemeinsame Front immer dann bilden, wenn es gegen proletarische Forderungen, gegen die Interessen des Proletariats geht.

Die schlesische Arbeiterschaft, ganz gleich ob polnisch oder deutsch, muß daran denken, welche Rolle die polnische und deutsche Konterrevolution im Kampf gegen die Weltrevolution spielen. Die weißen polnischen Armeen werden es mit Unterstützung der deutschen, einschließlich der schlesischen Drages sein, die schon im kommenden Frühjahr oder Sommer aufs neue Rußland angreifen. Die Deutsche und polnische Bourgeoisie und beide Regierungen rüsten schon jetzt politisch und militärisch dazu. Oberschlesien wird dabei einen Teil des Aufmarschgebietes und später vielleicht Kampfgebietes bilden.

Gegen diesen Plan der polnischen und deutschen Bourgeoisie im Bunde mit der internationalen Gegenrevolution muß sich das polnische und deutsche Proletariat Oberschlesiens in jeder Beziehung rüsten. Nicht nationale Fronten gilt es jetzt aufzurichten, sondern die internationale Front des Proletariats gegen die internationale Front der Drages, Schlachtzigen- und Horthy-Banden.

Der Protest der Breslauer Arbeiterschaft.

In drei stark besuchten öffentlichen Volksversammlungen marschierte am Dienstag Abend das Breslauer Proletariat auf, um gegen den Mord in Jlenaburg, gegen das Dragesregiment in Deutschland seine Stimme zu erheben und den Willen zum geschlossenen Kampf gegen diese Zustände, gegen Elend und Not zu erheben. In den Versammlungen sprachen die Genossen Ziegler, Kunik und Becker. Die Versammlungen gipfelten sich zu einer begeisterten Kundgebung für eine geschlossene Massenaktion auf Grund des im Offenen Briefe der K. P. D. an die Arbeiterorganisationen niedergelegten Aktionsprogrammes.

In der Versammlung im Lokal „Sansonie“ sprach unter anderen in der Diskussion auch der Genosse Klein unter begeistertem Beifall. Er sprach gegen ihn ein Haftbefehl vorliegt, wagten die im Saale anwesenden Kriminalbeamten und Spizel nicht, ihn zu verhaften.

Die Versammlungen waren ein Beweis dafür, daß die Breslauer Arbeiterschaft voller Kampfwillen ist. So können wir mit Zuversicht weiter arbeiten, um neuen größeren Erfolgen entgegen zu gehen.

Eisenbahner und Beamte vor der Entscheidung.

Verschleppung der Bewegung? — Die Eisenbahner müssen auf der Hut sein.

Alle Gegner einer ernsthaften Erzwingung der Bewilligung der Mindestforderungen vereinigen sich jetzt, um durch Täuschungs- und Verschleppungsmanöver die Eisenbahner und Beamten zu betrügen und um den Erfolg im Kampf um ihre gerechten Forderungen zu bringen.

Die Reichsregierung hat sich auf einmal bei den Beamten- und Arbeiterforderungen darauf festgelegt, daß die dadurch entstehenden Ausgaben sofort durch neue Steuern gedeckt werden müßten. Bei Liebesgaben an die Agrarier, die Reichswehroffiziere usw., die weit höhere Beträge erforderten, hat man bisher wild darauf losgewirtschaftet.

Durch dies Deckungsmanöver will man zweierlei erreichen: 1. will man die Bewilligung der Forderungen oder auch nur der dem Sechzehnerausschuß gemachten elenden Zugeständnisse verschleppen und 2. will man, indem man behauptet, die Beamtenforderungen könnten nur durch indirekte Steuern gedeckt werden, die die arbeitende Masse bezahlen muß, eine Kluft zwischen den Arbeitern und Angehörigen in der Privatindustrie und den Beamten und Eisenbahnern erzeugen. Das Reichskabinett hat jetzt beschlossen, die Gehaltsfrage der Beamten und Eisenbahner zunächst den Finanzministern der Länder und dann schließlich noch dem Reichstage in Verbindung mit der Deckungsfrage vorzulegen.

Diese Manöver der Reichsregierung sind nur geeignet, die Unzufriedenheit der Eisenbahner und Beamten mit den Zugeständnissen und ihren Willen zum Kampf zu steigern. Die Unzufriedenheit und der Kampfwille nimmt denn auch unter den Eisenbahnern und Beamten immer größeren Umfang an. Dem Vorstand des Deutschen Eisenbahnerverbandes liegen bis jetzt aus mehr als 60 Ortsgruppen Beschlüsse vor, die gegen die als ungenügend bezeichneten Zugeständnisse Stellung nehmen und für den Streik stimmen.

Gleichzeitig setzt aber auch der Versuch der rechtstehenden Gewerkschaftsführer ein, den Eisenbahnerstreik durch Verschleppung und alle möglichen Intrigen zu verhindern. Zwei Tage hat der erweiterte Vorstand des Deutschen Eisenbahnerverbandes hinter verschlossenen Türen diskutiert. Schließlich verfiel man auf den Gedanken, den Sechzehnerausschuß zu beauftragen, am Dienstag vormittag mit dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund zu verhandeln. Die Eisenbahner müssen fordern, daß ihnen Klarheit darüber gegeben wird, ob in diesen Verhandlungen vielleicht auch darüber gesprochen worden ist, wie man am besten das Zustandekommen eines Streiks verhindert, auch auf Kosten der gestellten Forderungen. Es liegt dringender Verdacht dafür vor.

Das Endergebnis der Sitzung des erweiterten Vorstandes des D. E. V. ist nachstehende Entschliegung:

1. Der erweiterte Vorstand des Deutschen Eisenbahnerverbandes prüfte in gründlicher und gewissenhafter Weise das zwischen dem Sechzehnerausschuß und der Regierung zustande gekommene Verhandlungsergebnis. Angesichts der durch die anhaltende Geldentwertung verursachten Preissteigerung auf allen Gebieten bleibt die Erhöhung des Feuerungszuschlages für die unteren Beamten und Arbeiter so erheblich selbst hinter den bescheidensten Erwartungen zurück, daß eine Beruhigung des Personals der Reichseisenbahnen ganz ausgeschlossen ist. Was außerdem den besonderen Unwillen der an der Bewegung Beteiligten erregt, ist die unsoziale Abstufung der Zulagen, die übersehen, daß die durch den Krieg hervorgerufenen Verhältnisse eine gewisse Gleichmäßigkeit der Preise auf dem ganzen deutschen Warenmarkt erzeugt hat. Unter Berücksichtigung dieses Umstandes sieht der erweiterte Vorstand sich außerstande, beruhigend auf die Mitglieder des Deutschen Eisenbahnerverbandes einzuwirken. In der Boraussetzung, daß auch die Vorstände der übrigen Großorganisationen der Eisenbahner trotz des erreichten Teilerfolges ähnliche Schwierigkeiten in ihren Mitgliederkreisen vorfinden, beschließt der erweiterte Vorstand, die bisher im Sechzehnerausschuß zusammengeschlossenen Verbände zu verlassen, die Einzelfront aufrecht zu erhalten, um durch gemeinsames Vorgehen den unbefriedigenden Teilerfolg zu einem Ergebnis zu führen, das den Leitungen der Eisenbahnerverbände ermöglicht, die Bewegung in geordneter Weise abzuschließen. Der erweiterte Vorstand

Auch Amerika finanziert die polnische Gegenrevolution.

Wie aus Washington gemeldet wird, erklärte Senator Reeb im amerikanischen Senat, daß von dem Geheimfond von 150 Millionen Dollars, den der Kongreß bewilligte, 40 Millionen für die polnische Armee ausgegeben worden sind.

Die Organisierung des nächsten Krieges gegen Sowjetrußland.

Warschau, 8. Januar 1921. („Kosta Wien.“) Der polnische Außenminister Sapieha ist in Bukarest eingetroffen, um die Haltung beider Staaten gegen Sowjetrußland zu besprechen.

Die ungarisch-russischen Verhandlungen.

Moskau, 7. Januar 1921. („Kosta Wien.“) Die russische Sowjetregierung hat eine Note vom ungarischen Außenminister Telsch erhalten, laut welcher die ungarische Regierung beschloß, mit dem Sowjetrepräsentanten in Keval, Bitwinow, über das weitere Schicksal der verurteilten ungarischen Volkskommissare zu verhandeln.

Import englischer Waren nach Sowjetrußland.

Moskau, 7. Januar 1921. („Kosta Wien.“) Die englische Regierung will die regelrechte Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen mit Sowjetrußland erschweren. So gibt sie jetzt keine neuen Ausfuhrbewilligungen, legt aber der Ausfuhr der schon von Rußland gekauften Warenmengen von Medikamenten und Textilwaren keine Hindernisse in den Weg.

Die gefangenen Kommunisten in Georgien.

Aus Tiflis, der Hauptstadt des menschevischen Paradieses von Karl Rautsky wird gemeldet, daß die eingekerkerten Kommunisten unter einer unglaublich unmenschlichen Behandlung zu leiden haben.

Gewerkschaftliches.

Achtung! Bauarbeiter aller Bauberufe!

Am Sonntag, den 30. Januar, vormittags 9 Uhr, findet in Halle a. Saale eine Besprechung von revolutionären Bauarbeitern aller Verbände statt.

- 1. Bericht über den Stand der oppositionellen Bewegung in den Bauarbeiterverbänden. (Stand der Verschmelzungsfrage.)
2. Die rote Gewerkschaftsinternationale.
3. Gründung einer kommunistischen Reichsfraktion in den Industrie- und Baugewerbe.
4. Wahl eines Vertreters in den Beirat der kommunistischen Reichsgewerkschaftszentrale.
5. Besprechung über die Gründung eines Oppositionsblattes für alle Baugewerbestruppen.
6. Wahl eines Vertreters im internationalen Gewerkschaftskongreß (Mai 1921 in Moskau).
7. Verschiedenes.

Alle Genossen, die zu dieser Konferenz delegiert werden, wollen umgehend spätestens bis 27. Januar ihre Adresse einpenden an die Reichsgewerkschaftszentrale, Berlin, Rosenhalerstraße 38, zu Händen des Genossen Richard Müller.

Die Tagesfragen der Gewerkschaftsbewegung.

Von Rich. Müller. (21. Fortsetzung.)

Wenn die Unternehmer die „Einwirkung auf die Gewerkschaftsführer“ empfehlen, dann müssen sie sich doch wohl davon Erfolg versprechen. Und wenn sie in der gegenwärtigen Zeit den Gewerkschaftsführern die Zumutung stellen, bei dem Lohnabbau behilflich zu sein, dann erübrigt sich jeder weitere Kommentar.

Wenn jetzt noch Gewerkschaftsmitglieder die Gewerkschaftsbürokratie und ihre Harmoniepolitik unterstützen, dann kann allerdings die Bourgeoisie triumphieren.

II. Alte Sünden der Gewerkschaftsführer.

Die Politik der Arbeitsgemeinschaften ist die logische Fortsetzung der Politik des Burgfriedens während des Krieges. Durch ihre Kriegspolitik unterstützten die Gewerkschaftsführer die verbrecherische Kriegsführung der Ludendorff und Hindenburg, besorgten damit die Geschäfte der Bourgeoisie und hielten die Arbeiterklasse bei den Raubgeschäften der Bourgeoisie opfern.

Von dem Husaren Otto Runge wird in der Presse ein Geständnis veröffentlicht, daß er von den Offizieren des Eden-Hotels am 15. Januar 1919 den Befehl erhalten hatte, die Genossin Rosa Luxemburg und den Genossen Karl Liebknecht mit dem Gewehrkolben niederzuschlagen.

Am 15. Januar wurde ich abends zwischen 7 bis 9 Uhr als Posten vor das Hauptportal des Eden-Hotels zusammen mit dem Jäger zu Pferde kommandiert. Gegen 9 Uhr wurde alles laut und kam in Erregung, weil es hieß, Liebknecht und Luxemburg seien eingeliefert.

Was die Sache Liebknecht anbetrifft, hatte ich strikten Befehl von Offizieren, diesen Lumpen niederzuschlagen mit dem Kolben an der Stelle, wo er herauskommt. Ich war neu und konnte die Offiziere nicht erkennen, sah aber nachträglich, daß es meist meine Mitangeklagten waren.

Gleich darauf kam ein Offizier vor das Portal zu mir und sagte, ich solle sofort nach oben 4 Treppen gehen und da Ordnung schaffen. Mit denen da oben ist nichts los, das sind Scheißer. Da ist auch der von der „Roten Fahne“, ich gebe Ihnen den Befehl, ihn sofort zu erschließen.

Inzwischen waren die anderen zurückgekommen und brüsteten sich: Liebknecht haben wir eine gebrannt. Es wurde eine Panne markiert und so die Flucht künstlich herbeigeführt. Das hat mir auch Oberleutnant von Wittgen später in der Untersuchungshaft noch einmal gesagt.

Ichenden Klasse Einhalt zu gebieten. Der Streit, der von den Gewerkschaftsführern auf das „wirtschaftliche“ Gebiet geschoben wurde, endete mit einer Niederlage der Arbeiter. Nach dem Streit heulte die ganze bürgerliche Presse einschließlich der Rechtssozialisten und Gewerkschaften auf.

Im Westen bei Arras, an der Aisne und in der Champagne stehen unsere feldgrauen Brüder in der schwersten, blutigsten Schlacht der Weltgeschichte.

„Eine unsühnbare Schuld nimmt derjenige auf sich, der in der Heimat feiert anstatt zu arbeiten. Für eure Schuld müssen unsere Feldgrauen bluten.“

„Wer wagt es, dem Rufe Hindenburgs zu trotzen? Ein Hundstot, wer streift, solange unsere Heere vor dem Feinde stehen!“

Hiermit ordne ich an, daß unverzüglich in den Rüstungsbetrieben aller Art hochgesinnte Arbeiter, mutige Männer und Frauen sich sammeln und ihre Kameraden aufklären, was die Not der Zeit und die Zukunft des Vaterlandes von uns fordert: Arbeit und wiederum Arbeit bis zum glücklichen Ende dieses Krieges.

werden, sonst fliegen wir alle ins Zuchthaus.“ Auch meine sämtlichen Vorgesetzten vom Jägerregiment zu Pferde drangen auf mich ein, daß ich flüchtig werden müsse. Leutnant Liepmann brachte mich dann vom Werbebüro aus zu dem Husarenregiment Nr. 8.

Ich setzte sofort meinen Rittmeister davon in Kenntnis, wurde gelöhnt und der Rittmeister Weber sagte, ich solle machen, daß ich fortkomme, mich aber im Eden-Hotel noch einmal melden. Was ich auch tat. Im Eden-Hotel ging die Sache weiter, es wurde mir gesagt, der Haftbefehl wird nicht eher losgelassen, bis Sie fort sind.

Die Untersuchung ist eine Komödie gewesen. Ich sprach mit Kriegsgerichtsrat Förns wiederholt privat und er sagte mir: „Nehmen Sie ruhig alles auf sich, vier Monate werden es nur und Sie können sich dann immer wieder an uns wenden, wenn Sie in Not sind.“

Achtung! Genossen!

Das Geständnis ist nur eine Bestätigung dessen, was bereits in vielen aktenmäßigen Feststellungen niedergelegt ist. Aber das Geständnis ist auch ein lehrreiches Beispiel für alle im Dienste der Konterrevolution stehenden Soldaten.

Es wird Sache des deutschen Proletariats sein, diese Gesellschaft wegen ihres schändlichen Handwerks zur Rechtschaffenheit zu ziehen. Alle bisherigen Verfahren, die gegen die Mörder eingeleitet worden sind, waren nichts als Komödien zur Täuschung der Öffentlichkeit, wie man auch nach dem Mord von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht die Öffentlichkeit mit den erlogenen Darstellungen ihrer Ermordung zu täuschen versuchte.

Feinde stecken. Nicht draußen bei Arras, an der Aisne und in der Champagne — mit diesen werden eure feldgrauen Söhne und Brüder fertig. Nicht drüben in London. Mit diesen werden unsere Blaujäger auf den Unterseebooten gründliche Abrechnung halten.

Glückauf zur Arbeit. (Fortsetzung folgt.)

Achtung! Genossen!

Liebknecht-Luxemburg-Gedächtnisfeier. Sonnabend, 15. Januar, abends 7 Uhr, in der Aula des Zwinger-Gymnasiums (gegenüber dem Stadtkreuz).

Provinz.

Junge Arbeiter und Arbeiterinnen! Proletarier!

Am 15. Januar jährt sich zum zweiten Mal der Tag, an dem Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg von den Bestreungen der Bourgeoisie auf schändliche Weise ermordet wurden. Trauerfeiern zu veranstalten, liegt nicht im Geiste dieser Kämpfer, sondern erneute Bekenntnis zu ihrem Programm, erneuter Schwur in eurem Herzen zur Revolution, zum Kommunismus, das, Jugendgenossen, Proletarier, ist eure Pflicht am 15. Januar. Jugendgenossen, denkt daran, was Karl Liebknecht für die proletarische Jugendinternationale war. Proletarier, denkt daran, sie litten und starben für euch, jetzt daher der Bourgeoisie, daß sie wohl ihre Körper töteten, daß aber ihr Geist in euch fortlebt. Demonstriert am 15. Januar für das Programm Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs.

Kommunistische Jugend Schlesiens, Bezirksleitung.

Achtung!

Delegierte zum 1. Arbeitersport-Kongress!
Die für Freitag, den 14. Januar, abends 7 Uhr, einberufene Zusammenkunft der kommunistischen Delegierten, muß schon nachmittags 4 Uhr im Volkshaus Jena stattfinden. Wo nicht um 7 Uhr, sondern um 4 Uhr treffen sich die Sportler unserer Partei. Näheres dortselbst mündlich. Parteilegitimation nicht vergessen!

Dreiste Lüge.

Neumarkt. Wie uns unsere Genossen schreiben, brachte ein deutschnationales Blättchen die Mitteilung, daß in Gloschlau ein kommunistisches Waffenlager von 4 schweren und 11 leichten Maschinengewehren aufgefunden worden ist. Die Ermittlungen unserer Genossen ergaben jedoch, daß die Waffen bei dem Rittergutsbesitzer in Gloschlau gefunden wurden. Ist der Rittergutsbesitzer etwa Kommunist?

Landeshut. Unsere am Sonntag starkbesuchte Mitglieder-versammlung nahm unter anderem Stellung zu den Differenzen im Stadtparlament und zu dem in Aussicht stehenden Landfriedensbruchprojekt, zu welchem die im Herbst vergangenen Jahres wegen schlechter Belieferung mit Lebensmitteln stattgefundene Demonstration den Anlaß gegeben haben soll. Es wurde beschlossen, zwecks Aufklärung über die Vorkommnisse, eine öffentliche Versammlung abzuhalten. Dieselbe findet Freitag, den 14. d. Mts., abends 8 Uhr, im Schießhausaal statt. Darum: Männer und Frauen! Am Freitag auf in die Versammlung in Massen!

Ortsgruppe Waldenburg!

Freitag, den 14. Januar 1921, abends 7 Uhr, Diskussionsabend in der Sandmühle.

Ortsgruppe Delz!

Achtung! Genossen! Freitag, den 14. Januar, abends 7 1/2 Uhr, findet im großen Kurfürsten eine öffentliche Volksversammlung statt, in der Genosse Stöcker (Berl.) über Erhebung oder Herabsetzung der Gewerkschaften spricht. Es ist Pflicht, daß sämtliche Genossen und Genossinnen mit ihren Arbeitskollegen dazu erscheinen. Der Vorstand.

Volles!

Breslau, den 13. Januar 1921.

Verichtigung.

Für Distrikt 1 und 2 findet der Distriktsabend Krullstraße 6 statt.

Sturmzeichen auch bei den Verwaltungsbeamten!

Unter dem Vorsitz des Regierungsobersekretärs Dickmann fand am 5. d. Mts. eine Sitzung des Bezirks Breslau der Gewerkschaft Deutscher Verwaltungsbeamten im Plenarsitzungs-saal der Regierung bei stürkster Beteiligung statt. In längerer sachlicher Ausführungen berichtete der Vorsitzende über die Vorgeschichte der gegenwärtigen Verhandlungen wegen Erhöhung des Teuerungszuschlages, insbesondere über die Sitzungen in Berlin. Er wies auf die zunehmende Verelendung der Beamtenschaft hin, die gezwungen sei, sich durch Verschuldung oder Nebenwerb den notdürftigsten Lebensunterhalt zu verschaffen. Interessant war die Mitteilung, daß die bayerische Beamtenschaft einen Streik ablehnt. Mit großem Beifall wurde der Vortrag des Vorsitzenden von der von einmütigen Geiste besetzten Versammlung aufgenommen. In der sehr regen Debatte wies Regierungsobersekretär Meister auf die gegenwärtige völlige unzureichende Beamtensoldatung an der Hand statistischen Materials hin. Die Steigerung der Besoldung gegenüber 1914 ist in weiten Beamtenteilen nur 3 1/2—4 fach, gegenüber einer durchschnittlich 15 fachen Teuerung und 20 fachen Steuern. Beamte sind in ihrer Not nicht nur dazu übergegangen, ihre Möbel, sondern auch ihre Wäsche zu verkaufen. Regierungsobersekretär Meister forderte u. a. schnelle Einziehung der Steuern und schärfste Erfassung der Schieber- und Wuchererwinne, um Mittel für eine Besserung der trostlosen Beamtenlage zu schaffen. Weitere Redner betonten übereinstimmend, daß nur schnelle Hilfe die Beamtenschaft von verzweifelten Schritten abhalten könne, und forderten Bornehme der Urabstimmung. Es gelangten schließlich einstimmig folgende beiden Entschlüsse zur Annahme:

1. Der Bezirk Breslau der Gewerkschaft Deutscher Verwaltungsbeamten hält angesichts des zunehmenden Elends in weiten Beamtenteilen an der Winkebforderung der Erhöhung der Teuerungsbegüge von 50 auf 75 % fest. Er erwartet von der Berliner Leitung entschiedenes und einbeutiges Vorgehen in dieser Frage unter Anwendung aller gewerkschaftlichen Mittel.

2. Wir erklären unsere Sympathie für die Bestrebungen der Eisenbahnbeamten und fordern die Urabstimmung.

Im Tätigkeitsberichte, den Regierungsobersekretär Wasth erstattete, wies dieser u. a. darauf hin, daß der Bezirk vor vielen Monaten die Erhöhung des Teuerungszuschlages von 50 auf 75 %, gefordert habe, und daß er dauernd müht sei, die gegenwärtigen traurigen Anstellungsverhältnisse der jüngeren Beamten zu bessern.

Zum Tätigkeitsbericht brachte 1. Schriftführer Pentz folgende Entschlüsse ein, die einstimmig angenommen wurden. Mit Rücksicht auf den ablehnenden Standpunkt der Anzahl Behörden gegenüber ihren Beamtenauschüssen fordern wir erneut und dringend das Beamtenräteg unter Ablehnung der Beamtenkammern.

Kulturobersekretär Kreyser berichtete sodann eingehend über das hiesige Orts- und Provinzialkartell des Druck-Beamtenbundes und seine Verhandlungen.

Die anschließend vorgenommenen teilweisen Neuwahlen ergaben die Wahl der Regierungsobersekretäre Pentz/Walther als 2. und 3. Vorsitzenden und des Regierungsobersekretärs Seym als 1. Schriftführer.

Der Vertreter der Kirchenbeamten schloß die Sitzung mit der Bemerkung, daß die ungünstigen Besoldungsverhältnisse der Beamtengruppe, die zum Teil noch Gehälter von 4—5000 einschließlich Teuerungszulagen bezieht.

Kassierer! Achtung! Kassierer!

Sämtliche Kassierer haben von Freitag, den 14. d. Mts., zwischen 5 und 7 Uhr nachm. im Parteibüro für Dezember 1920 abzurechnen. Es ist darauf zu achten, daß jeder Genosse 1. November 1920 2 Mt. Beiträge zu achten, 1 Mt. Kampfförderung hat. Genau Buchrevision ist vorzunehmen und alten Bücher (M. S. P. D., 3. Internationale) sind einzugeben. Da ab 1. Januar 1921 Mitgliedstarten und Marken der V. K. P. ausgegeben werden, so dürfen die alten Marken auf keinen Fall für Januar 1921 Verwendung finden. Die Höhe der Mitgliedsbeiträge ab 1. Januar 1921 wird noch in der Zeitung bekanntgemacht. Gleichzeitig wird darauf aufmerksam gemacht, daß sämtliche Geldbeiträge (auch auf Sammelbüchern) nur an den Kassierer abgegeben werden dürfen.

Künftig ist bei jeder Abrechnung auch die Mitgliederbewegung der Distrikte dem Kassierer anzugeben und zwar 1. a) arbeitende Genossen, b) arbeitende Genossinnen, 2. a) arbeitslose Genossen, b) arbeitslose Genossinnen.

Kassierer der Ortsgruppe Breslau, W. S. P.

Kommunistische Jugend.
Donnerstag, 13. Januar, abends 7 1/2 Uhr, Schützenhof pt. (am Stadttheater). Diskussionsabend über: „Die Not der arbeitslosen Jugendlichen“

Verantwortlich für den gesamten Inhalt Fritz Ullrich; für Inserate: Liebchmager & Meyer.
Druck: Buchdruckerei Baffel & Dargel, sämtlich in Breslau.

Arbeiter! Meidet den Alkohol.

Stadttheater.
Donnerstag 7 Uhr:
Hans Lisa.
Freitag 7 Uhr:
Die Zauberslöte.

Oper-Theater.
Täglich 7 1/2 Uhr:
Die fünf Frankfurter.

Cholia-Theater.
Täglich 7 1/2 Uhr:
Die Wildente.

Schauspielhaus.
Operettenbühne II, R. 2645
Täglich 7 1/2 Uhr:
Der letzte Walzer.
Freitag 7 1/2 Uhr:
Zum 30. Male:
Der letzte Walzer.
Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr:
Ihre Hoheit die Tänzerin.

Lieblich-Theater
Täglich 7 1/2 Uhr:
Der große Erfolg des
Januar-Programms.

Stenographie
Kursus 1. Anfänger beginnt
am Freitag, den 14. Januar,
abends 7 Uhr im Zwinger-
gymnasium. Preis der Lehr-
mittel einschl. Unkosten-
beitrag 15 Mk. Meldungen
werden an diesem Abend
entgegengenommen.
Arch.-Sten.-Verein
„Sylvia Arnold“.

Wilmefalle
kauft
Jahsch, Neumarkt 26.

Achtung! Wo?
kauft man nur und geht.
Mittel zum guten Ge-
richtigen zu billigen
und vorzuziehen?
Bei H. Kluge,
Neumarkt 26, 1. Etg.

Ober-Bayern
Gartenstr. 65
Täglich
die urfidelen
Oberlandler
Heuer, Stimmung, Erdl.

**Grosser Inventur-
Ausverkauf**

Ludwig Herz
Bücherplatz Nr. 4

Ich kaufe
Militär-
Mantel - Hosen
Hosen
Schuhe - Stiefel
Korregardrobe
Gehrock-Anzüge
Winter-Üster.
Max Hadamek
Brandenburgerstr. 2, II.

Gesellschaft für einfache Wohnungs-Einrichtungen
der Stadt Breslau m. b. H.
Einfache Möbel
nach künstlerischen Entwürfen zu zeit-
gemäß billigen Preisen gegen bar
= oder erleichterte Zahlungsweise =
Albrechtstrasse Nr. 39
Eingang Altbückerstr., I. Stock

Sprechapparate
Schallplatten stets neueste Aufnahmen vorrätig
Reparaturen schnellstens und billig
Schallplattenbruch u. abgesp. Platten werd. gekauft
Wiener & Hutter
Breslau 1, Schmiedebrücke 48.

!! Zigaretten !!
aus rein orientalischem Tabak in allen
Preislagen zu haben,
m. H., o. H., m. G. und m. Kork.
Besonders empfehle ich:
meine Spezialmarke, **Silesia, Sport,**
Egypt und Gub-Gigarette.
Cigarettenfabrik
„Haliartus“
Inh. **Otto Polatschek**
BRESLAU 6
Anderssenstrasse 5 n.

Konsum- und Sparverein „Vorwärts“

Achtung! Achtung!

Mitglieder!

In unseren Abteilungen
für
**Bekleidung
und Schuhwaren**
auf dem Neumarkt
auf der Kupferschmiedestr.
und in der Weinstrasse
beginnt am
Freitag, den 14. Januar
der
Inventur-Ausverkauf
zu herabgesetzten Preisen.
Mitglieder
benützt diese günstige Gelegenheit.